

Kraul, Margret; Wirrer, Rita

## Die Einführung der Koedukation. Pädagogische oder pragmatische Begründung?

*Die Deutsche Schule 85 (1993) 1, S. 84-97*



Quellenangabe/ Reference:

Kraul, Margret; Wirrer, Rita: Die Einführung der Koedukation. Pädagogische oder pragmatische Begründung? - In: Die Deutsche Schule 85 (1993) 1, S. 84-97 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-311697 - DOI: 10.25656/01:31169

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-311697>

<https://doi.org/10.25656/01:31169>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

---

# Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,  
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

85. Jahrgang 1993 / Heft 1

---

Hasso von Recum

**Noch einmal: Schule im sozialkulturellen Wandel**

Eine Replik

*In Heft 4/92 dieser Zeitschrift hatten Achim Leschinsky und Wulf Hopf Einwände zu einem Beitrag von Hasso von Recum formuliert in dem dieser aus dem deutlichen Wertewandel unserer Gesellschaft(en) Folgerungen für die Erziehungsziele der Schule abzuleiten versuchte. Der Autor setzt sich hier mit den Argumenten seiner Kritiker auseinander.*

Reinhard Hoffmann

**Für eine stärkere Autonomie der Schule**

Thesen zur pädagogischen Schulentwicklung

*Die Bremer „Ampel“-Koalition hatte u.a. vereinbart, daß den Schulen ein größeres Maß an Autonomie zugestanden werden soll. Der Bremische Staatsrat für Bildung und Wissenschaft hat dazu in Thesenform dargelegt, wie dieses Ziel umgesetzt werden könnte. Einige Vorschläge gehen über das hinaus, was derzeit in anderen Bundesländern hierzu geplant oder bereits Realität ist. Bildungstheoretische, bildungspolitische, administrative und rechtliche Aspekte dieses Programms werden erörtert. Die „Deutsche Schule“ wird die Diskussion dieser Thesen in den nächsten Heften dokumentieren.*

Joachim Rumpf

**Schule ohne Pädagogik?**

Über die pädagogische Arbeit an Gymnasien

23

*Schulunlust und Suchtverhalten von Schülerinnen und Schülern gaben an einem Gymnasium Anlaß, daß Eltern sich mit der Erziehungsaufgabe der Schule befaßten. Die Gespräche mit Experten führten zu der Einschätzung, daß viele „Pädagogen“ ihrer erzieherischen Funktion nicht gerecht werden – es teils gar nicht wollen, teils dafür nicht genug ausgebildet sind. Auf verschiedenen Ebenen sollte und könnte dem abgeholfen werden.*

Willibald Papesch

**Über den Umgang mit „schwierigen“ Schülerinnen und Schülern**  
Beobachtungen und Deutungen über Extremismus im Schulalltag 32

*Extremistische Verhaltensweisen von Schülerinnen und Schülern machen vielen Lehrerinnen und Lehrern tagtäglich erhebliche Schwierigkeiten. Wer die Ursachen nicht (allein) in allgemeinen politischen Bedingungen sucht, sondern sich mit den einzelnen Fällen auseinandersetzt, wird solche Jugendliche besser verstehen. Notwendig ist es allerdings, die verfügbaren Kräfte auf die Arbeit mit solchen (und anderen) Jugendlichen zu konzentrieren.*

Bernd Hackl

**Die Schule – (k)ein Ort zum Lernen?**

Ein kritisch-psychologischer Blick auf eine Institution und ihr  
Innenleben 42

*Entgegen der landläufigen Unterstellung, daß Schülerinnen und Schüler zum Lernen motiviert sein müßten, wird diese Intention durch Zwänge und Rituale, wie sie der gängigen Schulstruktur eigen sind, eher behindert. Bedeutsam kann schulisches Lernen erst dann erscheinen, wenn die Lernenden aus den Sachen und der Art, wie Lehrende damit umgehen, Anregungen für ihre eigene Entwicklung erfahren, wenn sie „partizipativ“ (Holzkamp) lernen können.*

Helmut Heid

**Lernfähigkeit – eine Voraussetzung erfolgreichen Lernens?**

Implikationen des pädagogischen Interesses an Lernfähigkeit 52

*Daß Menschen lernen können, zeichnet sie als Gattung aus, daß es dabei Unterschiede zwischen Individuen gibt, wird weithin als selbstverständlich genommen. Aber inwieweit sind diese Unterschiede wirklich grundlegend und unveränderlich, rechtfertigen sie den Abbruch der Lehr-Bemühungen? Wird nicht den Lernenden zugeschrieben, was (vielleicht) nur begrenzte „Lehr-Fähigkeit“ ist?*

Peter Dudek

**Gesamtdeutsche Pädagogik im Kalten Krieg?**

Der V. Pädagogische Kongreß 1956 und seine Folgen für die  
DDR-Pädagogik 63

*Daß sich in den beiden deutschen Staaten gänzlich verschiedene Bildungssysteme entwickelt haben, lag nicht von Anfang an in der Absicht derer, die nach 1945 das Bildungswesen gestaltet haben. Noch bis zur Mitte der 50er Jahre bemühten sich die SED und die Pädagogen der DDR um ihre westdeutschen Kollegen, die sich im „Schwelmer Kreis“ organisiert hatten. Erst mit dem V. Pädagogischen Kongreß (1956) wurde eine strikte Abgrenzung gegenüber Westdeutschland eingeleitet. Diese Entwicklung und die Bedeutung verschiedener Pädagogen werden hier in einem geradezu spannenden Bericht mit vielen Details nachgezeichnet.*

Margret Kraul und Rita Wirrer

## **Die Einführung der Koedukation: pädagogische oder pragmatische Begründung?**

84

*In den 50er und 60er Jahren hat sich auch im höheren Schulwesen der Bundesrepublik die Koedukation weitgehend durchgesetzt. Im Kontext der neueren Koedukations-Debatte stellt sich die Frage, wie dieser scheinbar selbstverständliche Prozeß eigentlich vollzogen wurde. Am Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz und der Zusammenlegung einer Jungen- und einer Mädchenoberschule in Neuwied wird fraglich, ob dabei pädagogische Ziele im Vordergrund gestanden haben.*

Reinhold Hedtke

## **Die Umweltkrise in der Lehrerfortbildung**

98

*Nach bildungspolitischen Absichtserklärungen soll die Umweltproblematik in den Schulen eine wichtige Rolle spielen. Wenn man sich jedoch ansieht, in welcher Weise dies bisher in der Lehrerfortbildung umgesetzt ist, dann scheint diese sich selbst in einer Krise zu befinden. Die Angebote müssen als zu knapp, zu kurz, zu unpolitisch und fachlich einseitig bezeichnet werden. Erhebliche Anstrengungen sind notwendig!*

Helmut Faust

## **Schilf-Boom**

Sammelrezension über neuere Publikation zur Lehrerfortbildung 108

*In der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sehen viele Reformer einen entscheidenden Ansatz zur Entwicklung und Gestaltung der Schule – auch viele Betroffene selbst versprechen sich – mit Recht – viel davon, den eigenen Arbeitsplatz zu verbessern. Zahlreiche Veröffentlichungen geben Anregungen und/oder ziehen Bilanz – die Sammelbesprechung versucht, Überblick zu gewinnen.*

## **Neuerscheinungen:**

119

- Jörg Ramseger: Was heißt „durch Unterricht erziehen“?
- Frank-Michael Kuhleemann: Modernisierung und Disziplinierung
- Eva Matthes: Von der geisteswissenschaftlichen zur kritisch-konstruktiven Pädagogik und Didaktik
- Helmwart Hierdeis und Theo Hug: Pädagogische Alltagstheorien und wissenschaftliche Theorien
- Dietrich Hoffmann (Hg.): Bilanz der Paradigmendiskussion in der Erziehungswissenschaft
- Susanna Bews: Integrativer Unterricht in der Praxis
- Alexandra Ortner, Reinhold Ortner: Verhaltens- und Lernschwierigkeiten
- Dieter Nittel: Gymnasiale Schullaufbahn und Identitätsentwicklung
- Hans Peter Nolting und Peter Paulus: Pädagogische Psychologie
- Felix Winter: Schüler lernen Selbstbewertung
- Eiko Jürgens: Leistung und Beurteilung in der Schule

## **Die Einführung der Koedukation: pädagogische oder pragmatische Begründung?**

---

Die Koedukation ist seit einiger Zeit, insbesondere aus feministischer Sicht, in die Diskussion geraten, nicht nur in Deutschland, sondern insgesamt im westlichen Ausland. Dabei haben sich zwei Ebenen der Kritik herausgebildet: Unter sozialpsychologischem Aspekt soll Koedukation angeblich die tradierten Geschlechtsrollen verstärken und damit für Mädchen wie für Jungen eine den gängigen Geschlechtsrollenmustern entgegenlaufende Orientierung erschweren. Unter einem eher bildungs- und berufsbezogenen Aspekt soll Koedukation Mädchen mangelhaft auf eine wettbewerbsorientierte und hochtechnisierte Berufswelt vorbereiten. Die Vehemenz dieser Diskussion ist erstaunlich, vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Übergang in die Koedukation – verstanden als gemeinsamer Unterricht von Jungen und Mädchen – sich ohne großen Eklat vollzogen hat, „geradezu geräuschlos“, wie Achim Leschinsky in einem der letzten Themenhefte der Zeitschrift für Pädagogik ausführte: Er hält es zu Recht für bemerkenswert, wie schnell nach jahrzehntelanger Diskussion Koedukation in der Bundesrepublik „schließlich als geradezu selbstverständlich betrachtet worden“ sei (Leschinsky 1992, S. 19).

Dieser schnelle, laut- und geräuschlose Wandel, bisher nicht erforscht und gleichsam ein blinder Fleck in der jüngsten Bildungsgeschichte, gibt Anlaß, die Geschichte der Koedukation aufzuarbeiten und jene Prozesse zu analysieren, die ihre Einführung zur Folge hatten. Waren es normative pädagogische Argumentationen, Entscheidungen auf der Grundlage empirischer Forschung oder bildungspolitische Entscheidungen? Oder haben – viel einfacher – pragmatische Gründe zur Einführung der Koedukation geführt? Diesen Fragen widmet sich ein Forschungsprojekt, in dem der Prozeß der Einführung der Koedukation im Land Rheinland-Pfalz untersucht wird.<sup>1</sup> Ausgewählte Ergebnisse sollen hier vorgestellt werden. Dabei geht es im ersten Teil der folgenden Ausführungen um eine Erhebung an den höheren Schulen des Landes Rheinland-Pfalz, in der für den Zeitraum zwischen 1950 und 1990 untersucht wird, von welchem Zeitpunkt an und zu welchen Anteilen Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet werden. Die Auswertung dieser Daten verweist auf Faktoren, die den gemeinsamen Unterricht von Jungen und Mädchen befördern oder aber verhindern. Im zweiten Teil werden exemplarisch Entscheidungsprozesse rekonstruiert, die An-

---

<sup>1</sup>DFG-Projekt: Einführung und Auswirkungen der Koedukation an den Gymnasien des Landes Rheinland-Pfalz, Projektleiterin: Prof. Dr. Margret Kraul, Wiss. Mitarbeiterin: Dipl.-Päd. Dipl.-Theol. Rita Wirrer.

fang der siebziger Jahre in einer mittelgroßen Stadt zur Einführung der Koedukation geführt haben.

## I

Als das Schulwesen in Deutschland nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs neu gestaltet wird, knüpft man beim höheren Schulwesen in den drei westlichen Besatzungszonen – ungeachtet früher Einflüsse der Besatzungsmächte – organisatorisch wie inhaltlich bald wieder an Schulformen der Weimarer Republik an. Für unsere Frage heißt das, *Mädchen und Jungen sollen prinzipiell in getrennten Schulen unterrichtet werden*. Diese Trennung entspricht der Argumentation in den fünfziger Jahren, als – anthropologisch, theologisch und philosophisch begründet – die Ablehnung einer gemeinsamen Erziehung der Geschlechter überwiegt: Jungen und Mädchen sollen ihrem „Wesen“ und ihrer „Natur“ gemäß erzogen werden; von der getrennten Erziehung erhofft man sich eine Verstärkung der geschlechtsspezifischen Anlagen (vgl. Deutsche Bischofskonferenz 1956, Deutscher Philologenverband 1953, 1961). Das ändert sich auch nicht, als seit Mitte der fünfziger Jahre empirische Untersuchungen vorgelegt werden, die Koedukation unter den Aspekten von Leistung, Interessen, Selbstwahrnehmung und Wahrnehmung des anderen Geschlechts untersuchen (vgl. Demant 1955, vgl. Wawrzyniak 1959). Ihre Auswirkungen auf die pädagogische Diskussion scheinen vergleichsweise gering zu sein; zumindest bestimmt die Koedukationsfrage in den sechziger Jahren keineswegs die pädagogische oder die bildungspolitische Debatte. Allenfalls indirekt, über Themen wie Chancengleichheit, Sexualerziehung und Vorbereitung der Frauen für den Arbeitsmarkt werden Topoi aufgegriffen, die zuvor in der Diskussion um gemeinsame und getrennte Erziehung eine Rolle gespielt haben.

Hätte sich das normative Muster der Geschlechtertrennung in die Schulwirklichkeit umsetzen können, so wäre Koedukation in den fünfziger Jahren und wohl auch noch in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ein Unding gewesen: Reine Jungen- und reine Mädchenschulen hätten überwiegen müssen. Anders die Realität (vgl. Tabelle 1): Im Jahre 1950/51 bestehen in

Tabelle 1

Koedukative und nach Geschlechtern getrennte höhere Schulen in Rheinland-Pfalz 1950														
Schulform	Gesamtzahl der höheren Schulen		koedukative Schulen						nach Geschlechtern getrennte Schulen					
			ehemalige Jungenschulen		ehemalige Mädchenschulen		koedukative Gründungen		ohne eindeutige Widmung		Jungenschulen		Mädchenschulen	
	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%
voll ausgebaut	87	100	17	19,54	1	1,15	2	2,30	17	19,54	24	27,59	26	29,89
nicht voll ausgebaut	35	100	5	14,29	0	0,00	2	5,71	13	37,14	6	17,14	9	25,71

Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz; eigene Berechnung

Rheinland-Pfalz 122 höhere Schulen, davon 87 als voll ausgebaute Gymnasien, 35 als höhere Schulen anderer Form.<sup>2</sup> Knapp die Hälfte aller höheren Schulen, nämlich 57, sind nun – entgegen jeder landläufigen Vorstellung – schon im Schuljahr 1950/51 für beide Geschlechter geöffnet: Sie bezeichnen sich entweder selbst als koedukativ oder aber nehmen regelmäßig und nicht nur in Ausnahmefällen Mädchen und Jungen auf; in 39 Fällen liegt der Anteil der Mädchen auf den in der Regel ehemaligen Jungenschulen sogar zwischen 21% und 45%. Für eine Analyse dieses Befundes werden geschlechtsspezifische Zuschreibung und Tradition der höheren Schulen ebenso untersucht wie das jeweilige regionale Bildungsangebot.

Die 57 koedukativen höheren Schulen ergeben folgendes Bild: Nur gut 40% von ihnen sind voll ausgebaute Gymnasien, alle anderen, fast 60%, sind höhere Schulen anderer Art, im wesentlichen Aufbauschulen und Progymnasien. 22 der 57 Schulen, die sich dem anderen Geschlecht öffnen – mehr als ein Drittel –, sind ehemalige Jungenschulen; 17 davon sind voll ausgebaute Gymnasien, fünf andere höhere Schulen. Umgekehrt findet sich nur ein einziges ehemaliges Mädchengymnasium, das Jungen aufnimmt. Für vier Schulen läßt sich nachweisen, daß sie von Anfang an koedukativ gegründet wurden. Den größten Anteil an den 57 koedukativen höheren Schulen – nämlich mehr als die Hälfte – stellen jedoch jene dreißig Schulen, deren vorherige Widmung aus den statistischen Unterlagen nicht eindeutig hervorgeht und bei denen nur aufgrund eines geringeren Mädchen- als Jungenanteils vermutet werden kann, daß es sich um ehemalige Jungenschulen handelt.<sup>3</sup> Sie untergliedern sich in 17 voll ausgebaute Gymnasien und 13 andere höhere Schulen.

Damit zeichnet sich ein erstes Ergebnis ab: *An der Öffnung höherer Schulen für beide Geschlechter sind diejenigen Schulen, die nicht voll ausgebaut sind, überproportional beteiligt.* Möglicherweise wird hier an die Tradition einer beiden Geschlechtern offenstehenden Bürgerschule angeknüpft. Für die weitere Entwicklung bei der Durchsetzung der Koedukation spielen die nicht voll ausgebauten höheren Schulen jedoch eine immer geringere Rolle. Ihr Anteil geht insgesamt zurück, weil sie entweder ausgebaut oder geschlossen werden. So gehören im Jahre 1975 von den 135 höheren Schulen des Landes nur noch neun in diese Kategorie, im Jahre 1990/91 bei 138 höheren Schulen gar nur noch sieben. Eine um so größere Rolle aber spielt die geschlechtsspezifische Tradition der Schule: *Es sind die Jungenschulen, die sich den Mädchen öffnen* und in der weiteren Schulentwicklung eine Vorreiterposition in bezug auf die Koedukation einnehmen. Das zeigt sich sowohl an der *Anzahl der Jungenschulen*, die Mädchen zulassen, als auch an dem *Anteil der Mädchen*, die die Jungenschulen besuchen (vgl. Tabelle 2, Schaubild 1). So nehmen schon 1961 von den 43 voll ausgebauten Gymnasien, die eindeutig als ehemalige Jungengymnasien klassifiziert werden

<sup>2</sup> In diese Kategorie gehören Progymnasien, Lyzeen, Pädagogien, Aufbau-gymnasien, integrierte Gesamtschulen bis Klasse 10 und Abendgymnasien.

<sup>3</sup> Weder die Materialien des Statistischen Landesamts noch der Philologenkalender geben hierüber Auskunft. Nur über das detaillierte Studium einzelner Schul-geschichten könnten entsprechende Daten gewonnen werden.

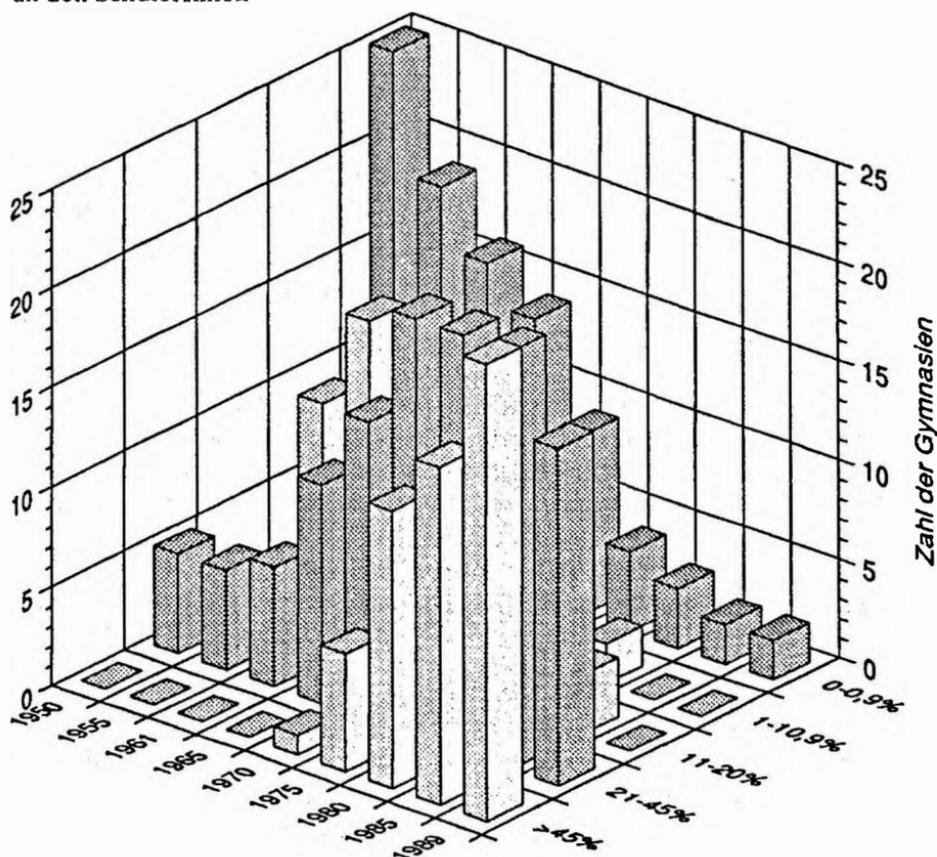
Tabelle 2

Jungengymnasien in Rheinland-Pfalz 1950–1989, nach dem Anteil der Mädchen an den SchülerInnen						
Schuljahr	Anzahl der Schulen	0 – 0,9%	1 – 10,9%	11 – 20,9%	21 – 45%	> 45%
1950	41	25	9	2	5	0
1955	41	19	14	3	5	0
1961	43	16	14	7	6	0
1965	43	14	14	4	11	0
1970	43	9	13	5	15	1
1975	43	4	7	5	21	6
1980	43	3	2	3	21	14
1985	43	2	0	3	21	17
1989	42	2	0	0	17	23

Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz; eigene Berechnung

Schaubild 1

Jungengymnasium in Rheinland-Pfalz 1950 – 1989, nach dem Anteil der Mädchen an den SchülerInnen



können, 27 bis zu 10% Mädchen auf, dreizehn davon haben einen Mädchenanteil zwischen 11% und 20% zu verzeichnen, sechs sogar einen Anteil, der zwischen 21% und 45% liegt. 1965 sind es mehr als ein Viertel der Jungen-

schulen – 11 von 43 –, deren Mädchenanteil zwischen 21% und 45% liegt. 1975 hat sich das Bild noch weiter zugunsten der Koedukation verschoben: Vier Gymnasien, also knapp ein Zehntel, nehmen nur vereinzelt Mädchen auf, 21 der 43 Gymnasien haben einen Mädchenanteil zwischen 21% und 45%, in sechs Gymnasien liegt er über 45%. 1989/90 hat der Mädchenanteil diese Höhe in 23 der 43 voll ausgebauten ehemaligen Jungengymnasien erreicht. Über die Hälfte der ehemaligen Jungengymnasien lassen damit einen an die geschlechtsspezifische Zusammensetzung ihrer Klientel gebundenen Rückschluß auf ihre Geschichte nicht mehr zu. Entsprechend dieser Entwicklung geht der Anteil der reinen Jungenschulen zurück: 1981 bestehen in Rheinland-Pfalz noch zwei Gymnasien für Jungen, beide in kirchlicher Trägerschaft. 1991 gibt es nur noch ein Gymnasium, das sich als Jungengymnasium definiert, und auch das nimmt in Ausnahmefällen Mädchen auf.

Anders verläuft die *Entwicklung bei den Mädchenschulen* (vgl. Tabelle 3, Schaubild 2). 1961 fallen nur bei fünf von den 27 Gymnasien, die ihrer Tradition nach eindeutig als Mädchengymnasien zu bestimmen sind, die Jungen ins Gewicht. Ihre Anteile in diesen Gymnasien streuen jedoch stark: Bei einem Mädchengymnasium liegen sie zwischen 11% und 20%, bei zweien zwischen 21% und 45% und bei einem weiteren höher als 45%. 1965 zeigt sich ein ähnliches Bild. Erst 1975 haben 15 von inzwischen 28 Mädchengymnasien, also gut die Hälfte, Jungen in nennenswertem Anteil auf der Schule, bei den meisten, nämlich bei sieben, liegt der Anteil der Jungen zwischen 21% und 45%. Das ist auch noch 1989 der Fall, 13 der 28 ehemaligen Mädchengymnasien haben einen Jungenanteil zwischen 21% und 45% zu verzeichnen, nur bei sieben Gymnasien liegt er über 45%. Daneben aber haben sich in Rheinland-Pfalz bis heute acht reine Mädchenschulen erhalten, alle in kirchlicher Trägerschaft.

*Diese Daten zeigen, daß sich Jungengymnasien Mädchen gegenüber früher und in größerem Ausmaß öffnen als Mädchengymnasien sich für Jungen öffnen. Zugleich werden Jungengymnasien stärker von Mädchen frequentiert, als das umgekehrt der Fall ist.* Für die Öffnung der Jungengymnasien mag von seiten der Lehrerschaft das angeblich versittlichende Element durch die

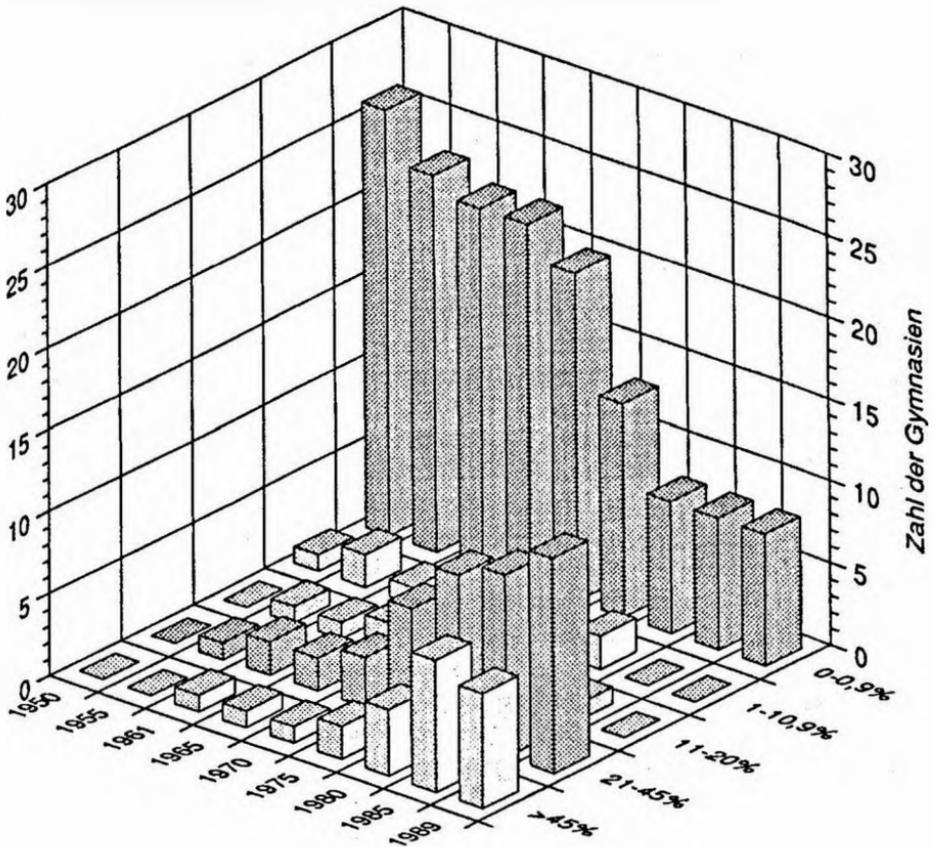
Tabelle 3

Mädchengymnasien in Rheinland-Pfalz 1950–1989, nach dem Anteil der Jungen an den SchülerInnen						
Schuljahr	Anzahl der Schulen	0 – 0,9%	1 – 10,9%	11 – 20,9%	21 – 45%	> 45%
1950	27	26	1	0	0	0
1955	27	23	2	1	1	0
1961	27	22	1	1	2	1
1965	27	22	0	2	2	1
1970	28	20	3	1	3	1
1975	28	13	4	2	7	2
1980	28	8	2	4	10	4
1985	28	8	0	1	11	8
1989	28	8	0	0	13	7

Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz; eigene Berechnung

Schaubild 2

Mädchengymnasien in Rheinland-Pfalz 1950 – 1989, nach dem Anteil der Jungen an den SchülerInnen



Mädchen eine Rolle gespielt haben; für die Akzeptanz der Jungengymnasien bei den Mädchen oder deren Eltern könnte die in der Bevölkerung vorherrschende Ansicht von dem wissenschaftlichen Niveau der Jungenschulen ausschlaggebend gewesen sein. Und nicht zuletzt mögen die Mädchengymnasien ihrerseits, vor allem bei konfessioneller Bindung, stärker an einer spezifisch weiblichen Bildung festgehalten haben als umgekehrt die Jungengymnasien, die von jeher die „allgemeine“ Bildung auf ihre Fahnen geschrieben haben und so an einer eigenen männlichen Bildung hatten festhalten können.

Wie sich Koedukation im zeitlichen Verlauf durchgesetzt hat, ist damit beschrieben; eine Erklärung dafür, daß sich viele Gymnasien sehr früh für das jeweils andere Geschlecht öffnen, steht aber noch aus. Die Einbeziehung regionaler und lokaler Gesichtspunkte hilft hier weiter: In dem Flächenstaat Rheinland-Pfalz läßt sich die Öffnung der Schulen für das jeweils andere Geschlecht im wesentlichen aus einer *Mangelsituation* erklären. *Diejenigen Gymnasien, die als einzige am Ort bestehen, werden relativ früh für beide Geschlechter geöffnet.* Diese Aussage gilt auch, wenn neben einem staatlichen Gymnasium nur noch ein konfessionelles am Ort vorhanden ist; das

staatliche Gymnasium nimmt dann in der Regel Jungen und Mädchen auf. Eine weitere Mangelsituation ergibt sich in einem Flächenstaat dadurch, daß nicht an allen Orten die gebotene Typenvielfalt gegeben sein kann. Um sie zumindest annähernd zu ermöglichen, werden Schultypen, die nur einmal an einem Ort bestehen, beiden Geschlechtern geöffnet. Besonders deutlich wird das bei den altsprachlichen Gymnasien, die sich – als ehemalige Jungenschulen – schon in den fünfziger Jahren den Mädchen öffnen. Aber auch in anderen Fällen gilt, daß die Vielfalt des gymnasialen Angebots offensichtlich Vorrang hat vor der Geschlechterdifferenzierung. Eine weitere Rolle spielt der Schulträger. Hier fällt auf, daß evangelische Neugründungen koedukativ sind, vielleicht um in einem katholischen Bundesland, wenn schon nicht viele Seelen, so doch zumindest beide Geschlechter zu erreichen?

Umgekehrt lassen sich natürlich aus der regionalen Betrachtung auch Gründe ableiten, die die Beibehaltung reiner Jungen- und Mädchenschulen erklären. Hier ist festzuhalten, daß Jungen- und Mädchengymnasien vor allem dann in getrennter Form bestehen bleiben, wenn sie an einem Ort den gleichen Schultyp präsentieren, wie das in Neuwied der Fall ist. Oder anders ausgedrückt: *Je größer das Schulangebot in einer Stadt oder ihrem Einzugsgebiet ist, um so größer ist auch die Chance, daß sich getrennte Gymnasien für Jungen und Mädchen erhalten.* So liegt die Hälfte der noch bestehenden Mädchengymnasien in Rheinland-Pfalz in größeren Städten: in Kaiserslautern, Mainz, Trier und im Einzugsbereich von Koblenz, in Vallendar. Im Falle der Mädchenschulen kommt jedoch ein weiterer entscheidender Faktor hinzu: Schulträgerin ist in allen Fällen die katholische Kirche, die ihre normative Forderung nach geschlechtsspezifischer Erziehung in Mädchenschulen aufrechterhält.

Wenn das regionale Bildungsangebot entscheidend für die Einführung der Koedukation in den staatlichen Schulen ist, so verweist dieser Befund auf ein pragmatisches Element in der Schulentwicklung, das weder an einen Diskurs rückgebunden ist, noch von einer überregionalen bildungspolitischen Entscheidung gestützt wird. Für die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts ist denn auch eine große Kluft zwischen pädagogischem Diskurs und realer schulischer Entwicklung festzustellen. Und als die Frage nach getrennter oder gemeinsamer Erziehung der Geschlechter aus der Diskussion verschwindet, läuft die koedukative Entwicklung erst recht in pragmatischen Bahnen weiter. Retrospektiv betrachtet, hätte man vielleicht in dieser Zeit eine bildungspolitische Entscheidung zugunsten der Koedukation erwarten können, aber ein solcher Akt bleibt aus. Pointiert formuliert heißt das: *Weder der pädagogische Diskurs noch eine intentionale bildungspolitische Steuerung im Sinne eines Gesetzentwurfs oder einer Verwaltungsentscheidung haben den Ausschlag für den gemeinsamen Unterricht von Jungen und Mädchen gegeben, sondern pragmatische Gesichtspunkte wie die kommunale Situation und das Schulwahlverhalten waren entscheidend.*

Die bisherigen Kriterien reichen jedoch nicht aus, den großen letzten Schritt in die flächendeckende Koedukation umfassend zu erklären. Hier wird vor allem das neue Paradigma der Chancengleichheit, die sich in schichten-spezifischer wie in geschlechtsspezifischer Hinsicht auswirken sollte, eine

Rolle gespielt haben. Ein starker Anstieg des Gymnasialbesuchs, vor allem der Mädchen, ist die Folge. Das aber verändert das Bewußtsein in der Gesellschaft. Nicht mehr von einer getrennten weiblichen Bildung wird das Heil erwartet, sondern in der gleichen Bildung für Frauen und Männer werden die Chancen für eine wettbewerbsorientierte Berufswelt gesehen. Die unmittelbar sichtbaren Folgen der genutzten Bildungschancen sind Lehrermangel, Überfüllung und Raumnot. Wie sich diese Situation auf die Diskussion der Koedukation auswirkt, wird am Beispiel zweier Gymnasien in der Mittelstadt Neuwied gezeigt.

## II

Die bisherigen Ergebnisse und Thesen sind auf der Grundlage quantitativer Erhebungen formuliert worden. Dabei haben allgemeine Strukturmerkmale notwendigerweise im Vordergrund gestanden, nicht die *konkreten Prozesse an den einzelnen Gymnasien*. Sie zu rekonstruieren und damit einzelne Thesen zu überprüfen und zu veranschaulichen, ist Ziel der folgenden Ausführungen zur *Einführung der Koedukation an den Gymnasien der Stadt Neuwied im Jahre 1971*.<sup>4</sup>

Die Kreisstadt Neuwied, gelegen im Regierungsbezirk Koblenz, hat 1971 rund 65 000 EinwohnerInnen. Untypisch für das katholische Rheinland-Pfalz ist der hohe Anteil von Angehörigen protestantischer Kirchen und Freikirchen, der in diesem Fall aus der Stadtgründung durch das protestantische Fürstenhaus Wied im 17. Jahrhundert resultiert. Von der Wirtschaftsstruktur her ist Neuwied als Industrie-, Handels- und Kulturzentrum zu bezeichnen. Im Jahre 1971 bestehen in der Stadt zwei Gymnasien – eines für Jungen mit einem mathematischen Zweig und eines für Mädchen mit einem sozialwissenschaftlichen Zweig in der Oberstufe. Das Gymnasium für Jungen wurde 1707 als „Lateinische Stadt- und Standesschule“ gegründet und erhielt 1950 die Gestalt eines neusprachlichen Gymnasiums. Das Gymnasium für Mädchen wurde 1876 als „Höhere Mädchenschule“ eröffnet; ihm wurde 1951 die Form eines neusprachlichen Gymnasiums gegeben. Damit finden sich in Neuwied zwei Gymnasien gleichen Grundtyps, deren curriculare Differenz nur im Oberstufenangebot besteht. Das hat zur Folge, daß eine frühe Koedukation, wie sie für viele andere Gymnasien des Landes typisch ist, hier nicht zu erwarten ist; sie hätte nur die geschlechtsspezifische Differenzierung abgebaut, nicht aber das Schulangebot erweitert.

Im Jahr vor der Einführung der Koedukation besuchen rund 1000 Schüler – und drei Schülerinnen im auslaufenden musischen Zweig – das Gymnasium für Jungen und etwa 680 Schülerinnen das Gymnasium für Mädchen. Raumnot und Lehrkräftemangel kennzeichnen die Situation beider Schulen. 1969 müssen am Gymnasium für Jungen 25% des Unterrichts ausfallen. Auch ein Neubau, die Errichtung von Pavillons auf dem Schulhof, die

---

<sup>4</sup> Es wurden folgende Archive benutzt: Landeshauptarchiv Koblenz; Archiv des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz, Bad Ems; Archiv der Bezirksregierung Koblenz; Zeitungsarchiv der Fa. Strüder-Druck, Neuwied; Unterlagen der Neuwieder Gymnasien.

Anmietung zusätzlicher Räume und der Einsatz von StudentInnen als Lehrkräfte bringen keine hinreichende Entlastung.

Diese Lage ruft die Eltern auf den Plan. Im November 1970 wenden sich die Vorsitzenden der Elternbeiräte beider Gymnasien an den Minister für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz mit der Bitte, der Raumnot und dem Lehrkräftemangel abzuhelpfen. In seiner Antwort empfiehlt der Minister die Kooperation beider Schulen. Diese rein pragmatische Anregung wird zum Auslöser einer tiefgreifenden Veränderung. Der Vorsitzende der Jungen Union, zugleich Mitglied des Stadtrates, greift den Vorschlag auf und bittet den Minister im Namen seines Verbandes, an den Neuwieder Gymnasien doch nicht nur eine Kooperation, sondern auch die Einrichtung gemischter Klassen einzuleiten. Kooperation könne durch das Zusammenlegen von Unterricht zwar den Lehrkräftemangel mildern, wohl auch das Unterrichtsangebot verbessern, trage der gesellschaftlichen Entwicklung jedoch nicht Rechnung. *Die traditionelle Geschlechtertrennung sei „überholt“*. Unter Berufung auf Meinungsäußerungen von SchülerInnen und Eltern beider Gymnasien plädiert der Vorsitzende der Jungen Union für die Koedukation, von der er meint, sie sei aus pädagogischen und psychologischen Gründen günstiger für die Entfaltung der Heranwachsenden. Über seinen Schriftwechsel mit dem Ministerium informiert er die Elternschaft und bringt damit die *Debatte um Koedukation* in die Öffentlichkeit. Die Elternschaft greift die Anregung zur Koedukation auf und erklärt sie zu ihrem Anliegen.

Der Kultusminister hingegen sucht zunächst weiter nach einer Lösung für die Probleme von Raumnot und Lehrkräftemangel auf dem Wege der Kooperation; er lädt Eltern- und SchülerInnenvertretungen, Schulleitungen und Kommunalpolitiker zu einem Gespräch ein. Diese Einladung bringt nun auch die Schulen in Bewegung: In der Allgemeinen Konferenz des Kollegiums des Jungengymnasiums wird das Thema Koedukation diskutiert und ein „Ausschuß für Koedukation“ gegründet. Er besteht aus Mitgliedern des Kollegiums, des Elternbeirats und der Schülervertretung und soll weiterführende Vorüberlegungen zu allen praktischen Fragen anstellen, die sich aus einer Zusammenarbeit der beiden Schulen ergeben könnten.

Auf seiten des Mädchengymnasiums verhält man sich eher abwartend. Der Vorsitzende des Schulelternbeirats bittet beim Ministerium erst einmal um Verschiebung des anberaumten Sitzungstermins. Dessen ungeachtet befaßt sich das Kollegium in einer Konferenz mit dem Thema Koedukation, ohne jedoch in irgendeiner Weise zu einem Beschluß zu kommen. Vermutlich aber sind Zweifel artikuliert worden, denn die Direktorin des Mädchengymnasiums äußert vor dem Elternbeirat pragmatische und pädagogische Bedenken gegen eine Zusammenarbeit der Gymnasien: Ein solcher Versuch sei schon einmal gescheitert, die Gymnasien lägen für eine effektive Zusammenarbeit zu weit voneinander entfernt. Eine Rationalisierung des Unterrichtsbetriebes sei daher nicht zu erwarten, und der Lehrkräftemangel könne auf diese Weise auch nicht behoben werden. Zudem habe der hohe Stundenausfall in einzelnen Fächern ein derart unterschiedliches Leistungsniveau hervorgebracht, daß ein gemeinsamer Unterricht auf ungleichen

Voraussetzungen aufbauen müsse. Bedenken beständen auch, Lehrkräfte, die eine Mädchenschule als Wirkungsort gewählt hätten, auf koedukativen Unterricht zu verpflichten. Insgesamt habe man sich im Kollegium gewundert, daß gerade in einer Stadt wie Neuwied „mit ungewöhnlich langer Tradition in der Mädchenbildung auf einmal als fortschrittlich gelten soll(te), was bis dahin typisch kleinstädtisch war oder andernorts durch mangelndes Interesse an der Ausbildung der Mädchen bedingt war“ (Köhler 1976, S. 42 f.). Die Umwandlung von Mädchen- und Jungenschulen zu koedukativen erscheint der Direktorin nicht als Verbesserung des Bildungsangebots. Kooperation und Koedukation werden nicht als Lösungsstrategien für die drängenden Probleme angesehen, was sie ja auch in der Tat nicht gewesen wären. Aber trotz dieser Skepsis spricht sich niemand explizit gegen die Koedukation aus. Offensichtlich will man sich nicht dem entgegenstellen, was als gesellschaftlicher Fortschritt gilt.

In der Zwischenzeit wird die Bevölkerung durch die lokale Presse über die Anfragen beim Kultusministerium und die ausgelösten Überlegungen informiert. In den Artikeln wird nicht mehr nur eine mögliche Kooperation der beiden Gymnasien der Stadt vertreten, sondern eindeutig Partei ergriffen für die Koedukation an beiden Schulen. Anfang März meldet sich die Jugendorganisation der FDP in der lokalen Tagespresse zu Wort. In harschen Worten kritisiert sie die geschlechtergetrennte schulische Erziehung als „verstaubte Erziehungsmethode, deren Existenzberechtigung mehr als zweifelhaft ist“ und deren BefürworterInnen als „moralinsaure(n) Vertreter(n) eines längst vergangenen puritanischen Zeitalters“ anzusehen seien (Rhein-Zeitung Neuwied, 2. März 1971). Gegenargumente werden weggeschoben, habe doch gerade die intensive Beschäftigung mit der Koedukation in allen betroffenen Gremien gezeigt, daß ihrer Einführung nicht so viel entgegenstehe, wie bislang behauptet worden sei. Die organisatorischen Schwierigkeiten würden durch technische und pädagogische Vorteile ausgeglichen. Letztlich sei die Koedukation eine „Selbstverständlichkeit“. Als entscheidend aber für die Aufhebung einer Erziehungsform, deren Existenzberechtigung geschwunden sei, wird der Elternwille angesehen; an die Eltern sind daher die Appelle um Zustimmung gerichtet.

Der GEW-Kreisverband schließt sich diesem Tenor an. Er bezeichnet in einem Artikel in der Lokalzeitung die nach Geschlechtern getrennte Erziehung als „anachronistische[n] Zustand“, als „Relikt aus längst überwundenen Zeiten“ (Rhein-Zeitung Neuwied, 5. April 1971) und unterstützt daher die Bemühungen, die – vom pädagogischen Standpunkt aus nicht begründbare – getrennte Erziehung von Mädchen und Jungen zu überwinden, zumal die Koedukation dem Ausbau unterschiedlicher Oberstufenangebote dienen könne. Alle BefürworterInnen der Koedukation, an erster Stelle die Jugendorganisationen von CDU und FDP sowie die GEW, scheinen überzeugt davon zu sein, mit ihrem Votum für die Koedukation auf seiten des gesellschaftlichen Fortschritts und der pädagogischen Notwendigkeiten zu stehen. Diese Ansicht bringen sie in die Presse.

Als Folge der Informationspolitik ist in der entscheidenden Besprechung mit dem Vertreter des Kultusministeriums die Frage der Koedukation schließlich wichtiger geworden als die Planung einer Kooperation. Im

Bewußtsein der Anwesenden ist die Koedukation der eigentliche Gegenstand der Diskussion. Die Vorschläge des Regierungsdirektors zur Kooperation stoßen deshalb nur auf eine zurückhaltende Reaktion. Besonders die Vertreter des Jungengymnasiums sind nicht bereit, weiterhin große organisatorische Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, und setzen ihre Hoffnung eindeutig in die Koedukation. Vielleicht erhoffen sie sich ja auch eine Verbesserung des Umgangstons in der Schule? Chronik und Protokollbuch des Jungengymnasiums erwähnen für die Zeit vor der Einführung der Koedukation zahlreiche Verstöße gegen die Disziplin, und die Jungenschule kennt den positiven Einfluß von Mädchen auf Jungenklassen, denn im Rahmen der Kooperation besuchten Mädchen den dort angesiedelten musischen Zweig. Nur die Direktorin des Mädchengymnasiums bringt Einwände gegen die Koedukation vor, doch ihre Bedenken gehen unter. Die Einführung der Koedukation an den beiden Neuwieder Gymnasien ist beschlossene Sache. Vom kommenden Schuljahr an sollen, das Einverständnis der Eltern vorausgesetzt, die fünften und die elften Klassen als gemischte Klassen eingerichtet werden.

Die Eltern der angehenden SextanerInnen beider Schulen werden jeweils zu Informationsveranstaltungen eingeladen und um ein schriftliches Votum gebeten. Wie diese Veranstaltungen aussahen, ob dort diskutiert oder nur über geplante Veränderungen unterrichtet wurde, läßt sich heute nicht mehr feststellen; auf jeden Fall wird die Entscheidung der Eltern nur wenige Tage nach der Versammlung gefordert. Die Eltern der durch die Öffnung der Schulen indirekt betroffenen SchülerInnen der höheren Klassen werden nicht befragt. Zwei Monate vor Beginn des neuen Schuljahres steht das Ergebnis der Elternumfrage fest: Von den Eltern der einzuschulenden Mädchen entscheiden sich 68,4% für die Koedukation, 22,8% stimmen dagegen, 8,8% antworten nicht. Allerdings sind nur weniger als ein Drittel der Mädcheneltern bereit, ihre Töchter zum Jungengymnasium wechseln zu lassen. Die Eltern der Jungen votieren zu 72,1% positiv, zu 9,6% negativ, und 18,3% geben keine Stimme ab. Die Schulform der Koedukation erfreut sich damit bei den Eltern von Mädchen und Jungen breiter Zustimmung – jedoch mit dem Vorbehalt, daß nur etwa die Hälfte der insgesamt zustimmenden Eltern damit einen Schulwechsel verbunden wissen wollen; die „eigentlich“ zuständige Schule soll beibehalten werden.

Nach der Abstimmung können die notwendigen Verwaltungsschritte eingeleitet werden: Auf der Grundlage des Abstimmungsergebnisses bitten die Schulleitungen das Kultusministerium um die Erlaubnis, gemischte Klassen einrichten zu dürfen. Landrat und Kultusministerium erteilen gemäß § 6 des Landesgesetzes über die öffentlichen höheren Schulen vom 25. 11. 1958 (GVBl., S. 197) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 der 4. DVO.-HöSchG. vom 10. 10. 1960 (GVBl., S. 250 und Abl., S. 228) die Zustimmung zur Einführung der Koedukation an den Gymnasien der Stadt Neuwied. Auf Elternwunsch wird am Mädchengymnasium noch einige Jahre eine reine Mädchenklasse weitergeführt; offiziell aber wird mit dem Schuljahr 1971/72 nach achtmonatiger Vorbereitung an beiden Gymnasien der Stadt Neuwied die Koedukation eingeführt. Am Mädchengymnasium beginnen zwei von vier Sexten und die Obersekunda, am Jungengymnasium zwei der drei Sexten

und die Obersekunda des mathematischen Zweiges als koedukative Klassen. Eltern, die für ihre Kinder eine reine Mädchen- oder Jungenschule wünschen, weichen auf die Private Schönstätter Marienschule für Mädchen in Vallendar oder auf das Private Johannes-Gymnasium für Jungen in Lahnstein aus.

Mit der Einführung der Koedukation werden die bisherigen Schulbezeichnungen „Gymnasium für Mädchen“ und „Gymnasium für Jungen“ hinfällig. In beiden Schulen wird über einen neuen Namen nachgedacht. Im Mädchengymnasium stehen neben dem schlichten Namen „Rhein-Wied-Gymnasium“ Carmen Sylva, eine Prinzessin aus dem Fürstenhause Wied, und Maria Sybilla Merian als Namensgeberinnen zur Diskussion. Diese Vorschläge erhalten jedoch keine Mehrheit, und so entscheidet das Ministerium zugunsten der neutralen, an der geographischen Lage orientierten Bezeichnung „Staatliches Rhein-Wied-Gymnasium“. Das ehemalige Jungengymnasium ist sich offensichtlich stärker seiner männlichen Tradition bewußt. Man wählt einen Naturwissenschaftler zum Namenspatron, und das ehemalige Jungengymnasium kann sich im Zuge der Umgestaltung – mit Zustimmung von Prof. Dr. Heisenberg – „Staatliches Werner-Heisenberg-Gymnasium (neusprachlich, mathematisch-naturwissenschaftlich)“ nennen. Vom Kollegium der ehemaligen Mädchenschule, das sich in der ganzen Angelegenheit ja recht abwartend verhalten hatte, wird der Schritt in die Koedukation mit unterschiedlichen Gefühlen begleitet: Eine Lehrerin sieht in der Einführung der Koedukation eine Weiterführung der in der Gründungsurkunde der Mädchenschule festgelegten Verpflichtung der Schule auf Toleranz in Glaubens- und Standesangelegenheiten: „Als letzten Beweis solcher Vorurteilsfreiheit kann man nehmen, daß seit 1971 mit den Mädchen zusammen nun auch Jungen das ‚Lyzeum‘ besuchen“ (Schlemper-Rheinsberg 1976, S. 104). Von der Einführung der Koedukation erwartet sie, daß Mädchenbildung und Jungenbildung als gleichrangig und gleichberechtigt anerkannt werden: „Es bleibt zu hoffen, daß dieser koedukative Charakter allmählich die alten, zäh lebendigen Vorurteile verlöschen läßt, die dem Lyzeum entgegengebracht worden sind“ (ebd.). Die Koedukation weckt jedoch nicht nur Hoffnungen, sondern hat auch ihren Preis. Positive Inhalte der traditionellen Mädchenbildung fallen unter den Tisch. So wird zwar mit der Öffnung des sozialwissenschaftlichen Zweiges des ehemaligen Mädchengymnasiums für Jungen das Sozial- oder Betriebspraktikum beibehalten, doch darf es nicht „als Kindergarten- oder Krankenpflegepraktikum durchgeführt werden, weil diese Praktika immer noch als typisch für die Frauenbildung angesehen werden“ (Rohe 1976, S. 62): „Mädchenschule“, das sei fast schon ein negativ besetzter Begriff – die dort vollbrachten Leistungen und die großen Frauengestalten, die daraus hervorgegangen sind, würden übersehen. Die jüngeren männlichen Kollegen am ehemaligen Mädchengymnasium, die meist noch nicht lange dort unterrichten, finden die Ankunft der Jungen aber „prima“. Der gute Ruf des ehemaligen Mädchengymnasiums gründet sich nach Aussage seines Direktors noch heute auf der Annahme eines guten sozialen Klimas.

Zwanzig Jahre später zeigt sich, was aus Hoffnungen und Bedenken geworden ist. Ruft man sich die jüngste Debatte um die Koedukation ins Bewußt-

sein, so scheint die Skepsis einiger Lehrerinnen, die fürchteten, spezifische Errungenschaften der Mädchenbildung aufzugeben, nicht ganz unbegründet gewesen zu sein. Die Position der Lehrerinnen wird geschwächt, und ihr Einfluß auf die Gestaltung des Schullebens geht zurück. Der Anteil der männlichen Lehrer steigt überproportional, als die ersten Jungen im Rhein-Wied-Gymnasium aufgenommen werden, der Frauenanteil an den Lehrkräften geht entsprechend zurück<sup>5</sup> – bis schließlich auch die Schulleitung 1990 von einem Mann übernommen wird.

### III.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Auf der Ebene konkreter Entscheidungen wird die führende Rolle der Jungengymnasien bei der Einführung der Koedukation bestätigt. Alle Beteiligten sind hier, stärker als am Mädchengymnasium, an der Koedukation interessiert. Dabei scheint man sich eine Behebung der aktuellen Mißstände von der Koedukation zu erhoffen. Die Forderung nach Einführung der Koedukation an den Gymnasien der Stadt Neuwied entspricht aber auch den gesellschaftlichen Vorstellungen einer bildungspolitischen Notwendigkeit. Vor allem von seiten der Kommunalpolitiker wird Koedukation mit der Absicht gefordert, die Entwicklung der Schulen in positiver Weise voranzutreiben. Um die Unangemessenheit getrennter Mädchen- und Jungenschulen zu belegen und die Koedukation als „pädagogische Notwendigkeit“ herauszustellen, wird dabei immer wieder auf Ergebnisse aus Pädagogik und Psychologie rekurriert, ohne diese genauer zu explizieren. Auf diese Weise gerät die „Pädagogik“ zu einer Leerformel, mit der gesellschaftspolitische und pragmatische Interessen legitimiert werden. Die Einführung der Koedukation zeigt sich damit auch auf der Ebene einzelner Schulen nicht als Folge pädagogischer Erkenntnisse oder überregionaler bildungspolitischer Entscheidungen. Vielmehr sollen, wie schon in den fünfziger Jahren, aktuelle kommunale Schulprobleme auf pragmatische Weise gelöst werden.

### Literatur

Demant, H.: Koedukation oder getrennte Erziehung. Vergleichende Untersuchungen über Leistungen, Interessen, soziale Beziehungen sowie Einstellungen von Schülern und Lehrern in reinen und in Koedukationsklassen. Frankfurt 1955.

Deutsche Bischofskonferenz: Katholische Grundsätze für Schule und Erziehung. Erarbeitet von der Fuldaer Bischofskonferenz 1956. In: Kirchlicher Amtsanzeiger 1956, Ausgabe 22, Nr. 255.

Deutscher Philologenverband: Leitsätze zur Koedukation. In: Die Höhere Schule 6, 1953, S. 115.

Deutscher Philologenverband: Leitsätze für das höhere Mädchenschulwesen, Überarbeitung durch den Ausschuß für Mädchenbildung, In: Die Höhere Schule 10, 1961, S. 205 f.

---

<sup>5</sup> Umgekehrt wächst auf dem ehemaligen Jungengymnasium nicht der Anteil weiblicher Lehrkräfte, als Mädchen aufgenommen werden. Die Auswirkungen der Koedukation auf das quantitative Verhältnis von Lehrerinnen zu Lehrern werden in einer gesonderten Publikation untersucht.

- Deutscher Philologenverband: Leitsätze zur Koedukation. In: Die Höhere Schule 10, 1961, S. 206 f.
- Festschrift zur Hundertjahrfeier des Rhein-Wied-Gymnasiums. Zusammenge- stellt aus Beiträgen ehemaliger und derzeitiger Mitglieder des Rhein-Wied- Gymnasiums Neuwied. Neuwied 1976.
- Köhler, R.-H.: Koedukation an den Neuwieder Gymnasien seit 1971 In: Fest- schrift, S. 42 – 45.
- Leschinsky, A.. Koedukation - Zur Einführung in den Thementeil. In: Zeitschrift für Pädagogik 38, 1992, S. 19 – 25.
- Rohe, G.: Der Sozialkundliche Zweig – ein Intermezzo. In: Festschrift, S. 60 – 62.
- Schlemper-Rheinsberg, R.: Mädchenbildung – Frauenschicksal. In: Festschrift, S. 101 – 109.
- Wawrzyniak, K.: Grundfragen der Koedukation. Ein Beitrag zur Pädagogik der Geschlechter. München u. a. 1959. (= Beiheft der Zeitschrift: Schule und Psychologie, Heft 9.)

*Margret Kraul*, geb. 1945, Prof. Dr., Lehramtsstudium und Tätigkeit als Lehrerin, Studium der Pädagogik, Soziologie, Geschichte und Germanistik, Promotion und Habilitation in Pädagogik. Lehrtätigkeit an der Universität Hannover; Professorin für Allgemeine Pädagogik an der Universität Koblenz-Landau, Abt. Koblenz.  
 Anschrift: Schwarzer Weg 24, 4806 Werther

*Rita Wirrer*, geb. 1960, Dipl.-Päd., Dipl.-Theol., Studium der Katholischen Theo- logie und der Pädagogik; Wiss. Mitarbeiterin an der Universität Koblenz-Landau, Abt. Koblenz.  
 Anschrift: Mainzer Straße 30, 5400 Koblenz